

Bruchköbeler BürgerBund - Fraktion

Kurt-Schumacher-Ring 15 • D-63486 Bruchköbel

Bruchköbel, den 29.11.2017

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Guido Rötzer
Hauptstraße 32

D-63486 Bruchköbel

Antrag:

Umsetzung der Beschlüsse zur Baulandschaffung und Wohnbauförderung

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Rötzer,

Die BBB Fraktion stellt zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12.12.2017 den folgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die in der Sitzung vom 21.03.2017 einstimmig gefassten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Schaffung von Bauland und Förderung des Wohnungsbaus, Drucksachen 266 aus 2016 (Antrag von CDU und SPD), 191 aus 2015 (Antrag BBB) und 269 aus 2016 (Antrag BBB) unverzüglich umzusetzen und die entsprechenden Ergebnisse der Stadtverordnetenversammlung zur Sitzung am 30.01.2018 vorzulegen.

Begründung:

Unter Hinweis auf fehlende Zuwachsflächen im Flächennutzungsplan drängt die BBB Fraktion schon seit Jahren darauf, dass sich die Stadt Bruchköbel für die Schaffung neuer Gewerbezuwachsflächen und insbesondere Wohnbauzuwachsflächen einsetzt; zuletzt mit einer von der Koalition dann im Ausschuss blockierten Initiative vom Februar 2016 wurde hier ein konkreter Antrag gestellt. Nachdem dann im Jahre 2016 die Koalition aus CDU und SPD endlich soweit war, sich ebenfalls mit dem Thema zu befassen, einigten sich schließlich alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung auf eine entsprechende Initiative mit den im Beschlusstext dargelegten Beschlüssen zu den drei bezeichneten Drucksachen am 21.03.2017. Bereits in dieser Sitzung hatte der Fraktionsvorsitzende des BBB darauf hingewiesen, dass es sich lediglich um vorbereitende Beschlüsse handelt, die zügig umzusetzen sind, damit endlich dringend benötigter Wohnraum im größeren Maßstab geschaffen werden kann.

Ergebnisse liegen dennoch bis zur Stunde nicht auf dem Tisch; es ist auch nicht ersichtlich, dass der als Dezernent zuständigen Bürgermeister in der Sache überhaupt etwas konkretes unternommen hätte. Gemäß Berichterstattung im Hanauer Anzeiger vom 02. November 2017 hat dies nun sogar der Koalitionspartner, die SPD Fraktion, öffentlich kritisiert. Die Kritik ist berechtigt; der Magistrat ist zu halten, nunmehr unverzüglich die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Rabold
Fraktionsvorsitzender